

FBP-TERMIN

Einladung zum Frühschoppen

MAUREN/SCHAANWALD – Die FBP-Ortsgruppe Mauren-Schaanwald freut sich, alle interessierten Einwohner/-innen und Freunde zum Frühschoppen in das Restaurant «Alter Zoll» in Schaanwald einzuladen:

● Sonntag, 20. November um 10 Uhr

Die anwesenden Gäste bestimmen, welche Themen im Mittelpunkt der Diskussion in lockerer Atmosphäre stehen werden. Die FBP-Gemeinde- und Landespolitiker – unter ihnen auch Gemeindevorsteher Freddy Kaiser – werden Sie kompetent und transparent über das aktuelle Geschehen informieren.

Ortsgruppe Mauren-Schaanwald

NACHRICHTEN

Zweite Auslosungsrunde abgeschlossen

VADUZ – Insgesamt 38 EWR-Bürgerinnen und -Bürger können sich im Jahr 2005 über ihre durch Auslosung erworbenen Aufenthaltsbewilligungen in Liechtenstein freuen. Am 11. November 2005 ging das letzte Auslosungsverfahren im Jahr 2005 zu Ende. Im Zuge dieser Schlussauslosung wurden 16 Aufenthaltsbewilligungen für erwerbstätige Personen und 2 Aufenthaltsbewilligungen für nicht erwerbstätige Personen ausgelost. Die Anzahl der aufgrund der Auslosung nach Liechtenstein einreisenden Personen kann sich durch das Recht auf Familiennachzug erhöhen. Für diese zweite Auslosungsrunde haben sich insgesamt 225 Erwerbstätige und 4 Nicht-Erwerbstätige beworben.

Liechtenstein kommt mit den Auslosungen und der damit verbundenen Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen seinen EWR-rechtlichen Verpflichtungen im Sinne der ausgehandelten Sonderlösung, welche im Beschluss Nr. 191/1999 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses festgelegt wurde, nach. (pafl)

UNHCR-Besuch in Liechtenstein

VADUZ – Am Freitag, den 18. November 2005, wird der Leiter des Verbindungsbüros des UNHCR in Genf, Hans Lunshof, in Liechtenstein sein. Im Rahmen seines Besuchs wird er Regierungschef Otmar Hasler einen Besuch abstatten und verschiedene Gespräche mit im Flüchtlingswesen tätigen Personen und Organisationen führen und damit die bestehenden guten Kontakte weiter pflegen. Hans Lunshof wird von seiner Mitarbeiterin Martine Pochen und dem Rechtsberater seines Büros, Alexander Beck, begleitet.

Im Rahmen dieses Besuchs wird Alexander Beck einen Vortrag halten über die «Agenda für den Flüchtlingsschutz und ihre Bedeutung im nationalen Kontext», zu dem alle Interessierten herzlich eingeladen sind. Der Vortrag mit anschliessendem Apéro beginnt um 17.30 Uhr im Aufnahmezentrum für Flüchtlinge in Vaduz. (pafl)

Bücherverkauf für Aids-Waisen

ESCHEN – An der Eschner Weihnachts- und Gewerbeausstellung vom 18. bis zum 20. November werden an einem Stand gebrauchte Bücher verkauft. Der Erlös geht an ein Haus für Aids-Waisen in Itete, Tanzania. Das Projekt wird von Solidarmed betreut und vom liechtensteinischen Entwicklungsdienst LED durch eine Verdoppelung des Erlöses unterstützt.

Bis zum 16. November können gut erhaltene Bücher abgegeben werden. Besonders gefragt waren bei den letzten Bücherbasaren Kinder- und Jugendbücher. Kontaktadresse: Andrea Matt, Am Gupfenbühl 3, 9493 Mauren, Telefon: 370 18 77. (PD)

Briefmarkenkurs für Jugendliche

SCHAAN – Für Jugendliche, die Briefmarken sammeln oder an diesem Hobby interessiert sind, veranstaltet der Liechtensteiner Philatelistenverband (LPHV) morgen Mittwoch, den 16. November, im Hotel Linde in Schaan ab 14 Uhr bis zirka 16 Uhr den monatlichen Briefmarkenkurs.

Der Kurs ist kostenlos, eine Anmeldung ist nicht erforderlich. (PD)

Breites Paket von Korrekturmassnahmen

Regierungschef Otmar Hasler über die Korrekturen am Finanzplan

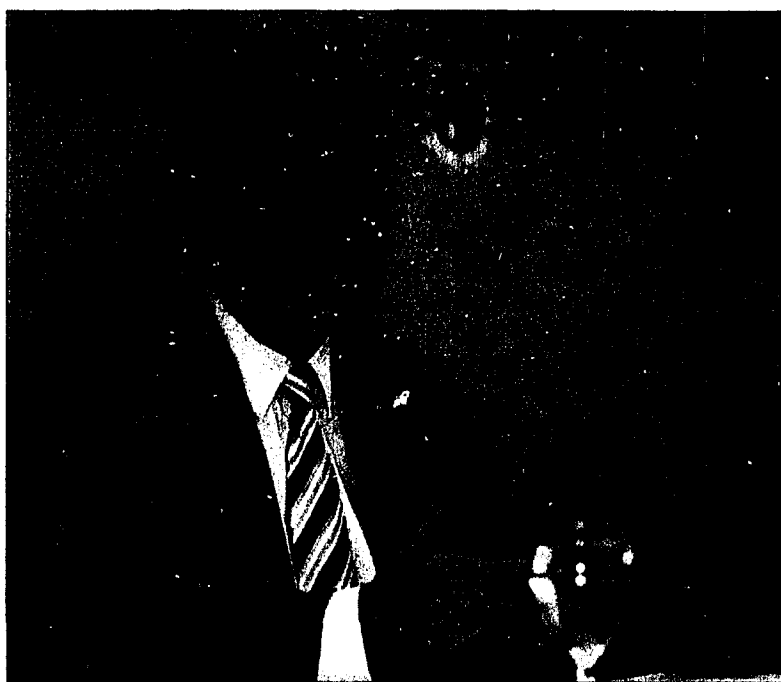
VADUZ – Wie mehrfach erwähnt, wird es ohne Korrekturen zu einem Finanzierungsdefizit in der Finanzplanung 2006–2010 kommen. Dem Staatshaushalt droht ein massiver Abbau von Reserven. Regierungschef Hasler hat daher ein umfassendes Massnahmenpaket vorgestellt, das ab 2010 wieder einen ausgeglichenen Haushalt ermöglichen würde.

• Martin Frommelt

Volksblatt: Herr Regierungschef, bis 2010 kumulierte Finanzfehlbeträge in Höhe von 330 Millionen lassen aufhorchen: Was steht hinter diesem Finanzplan 2006–2010?

Otmar Hasler: Die Finanzplanung hat nach dem Finanzhaushaltsgesetz die Aufgabe, einen umfassenden Überblick über den künftigen Aufwand und die mutmasslichen Erträge aufzuzeigen. Die Regierung ist verpflichtet, diese mutmassliche Entwicklung realistisch darzustellen.

Wenn sich in einer Planungsperiode dank reichlich fliessender Einnahmen, wie noch vor wenigen Jahren, kein Defizit abzeichnet, dann kann der Staat die Regierungsgeschäfte wie geplant durchführen. Anders aber, wenn die Erträge aus den verschiedenen Steuerarten aufgrund schwieriger wirtschaftlicher Entwicklung zurückgehen. Dann ist die Regierung gefordert, einerseits die wahrscheinliche Finanzentwicklung aufzuzeigen, andererseits aber auch Massnahmen für Korrekturen vorzuschlagen. Das haben wir mit diesem Finanzplan für die Jahre 2006 bis 2010 gemacht. Die Ent-



«Wir müssen etwas tun, denn sonst haben wir tatsächlich am Ende ein Defizit»: Regierungschef Hasler.

wicklung aufgezeigt und Massnahmen ausgearbeitet.

Der kumulierte Fehlbetrag ergibt im Durchschnitt pro Jahr etwas über 60 Millionen, das heisst, etwa einen Zehntel der Gesamtausgaben: Ist 10 Prozent nicht eine Bandbreite, die in Kauf genommen werden muss?

Wenn man die Zahlen auf diese Art betrachtet, kann man vielleicht von einer Bandbreite sprechen. Eine Bandbreite von 10 Prozent erscheint mir persönlich aber entschieden zu hoch. Der Streubereich darf meines Erachtens höchstens etwa 3 Prozent betragen. Die Gesamtsumme an Fehlbeiträgen, die wir veröffentlicht haben, ist sehr hoch. Aber sie soll vor allem auch dazu dienen, die

Notwendigkeit von Korrekturen aufzuzeigen. Jetzt ist noch Zeit zum Handeln, jetzt können noch Massnahmen diskutiert werden, noch braucht es keine kurzfristigen und überstürzten Handlungen. Aber wir müssen etwas tun, denn sonst haben wir tatsächlich am Ende ein Defizit.

Nach welchen Kriterien hat die Regierung die Korrekturmassnahmen ausgewählt?

Noch vor dem vorgeschlagenen Sparpaket steht das Bemühen des Staates, den Eigenkonsum zurückzufahren. Dies ist uns gelungen, denn das Wachstum des Personal- und Sachaufwands konnte stabilisiert werden.

Der nächste Schritt ist nun, auch auf gesetzlicher Basis weiteres

Sparpotenzial zu nutzen. Die Regierung hat daher sämtliche Positionen auf der Aufwandseite und auf der Ertragsseite untersucht. Was die Regierung nun dem Landtag als Massnahmen vorgelegt hat, sind aus unserer Sicht vertretbare und auch nachhaltig realisierbare Korrekturmöglichkeiten. Die Korrekturen werden nicht nur in einem Bereich gemacht, sie beschränken sich nicht auf einen Personenkreis oder einen Wirtschaftssektor, sondern sind breit abgestützt.

Sie haben bei der Vorstellung des Finanzplans vor den Medien ausgeführt, dass die Regierung das Ausgabenwachstum beschränken und die Einnahmensituation verbessern wolle: Haben Sie dazu konkrete Vorstellungen?

Mittelfristig wollen wir das Ausgabenwachstum auf 2 Prozent pro Jahr beschränken. Dieses Ziel haben wir beinahe schon für das Budget 2006 erreicht, das noch von 2,8 Prozent Wachstum ausgeht. Um diese Reduktion zu erreichen, liegen verschiedene Massnahmen vor, die wir im Verlaufe der Planungsperiode umsetzen wollen. Gleichzeitig unternimmt die Regierung Anstrengungen, um Mehreinnahmen zu generieren. In diesem Zusammenhang möchte ich nur zwei Gesetze erwähnen, die auf dieses Ziel ausgerichtet sind: Über die Revision des Investmentgesetzes fliessen aus dem Fondsplatz Liechtenstein dem Staat Mehreinnahmen zu, während Liechtenstein mit dem neuen Vermögensverwaltergesetz eine Vorreiterrolle in Europa einnimmt – mit der berechtigten Hoffnung auf Mehreinnahmen für den Staat.

Ausgeglichener Haushalt ab 2010

Sparkonzept mit sozial vertretbaren und nachhaltigen Korrekturen

VADUZ – Die in der Finanzplanung 2006–2010 prognostizierten Fehlbeiträge sind auf ein hohes Investitionsvolumen und einen zu tiefen Cashflow des laufenden Haushalts zurückzuführen. Die Regierung hat deshalb ein Sparkonzept vorgestellt. Insgesamt kann damit der Aufwandüberschuss bis 2010 um 100 Mio. Franken gesenkt werden.

• Martin Frommelt

Der Finanzplan der Regierung für die Jahre 2006–2010 zeigt Handlungsbedarf auf. Aufgrund der Annahmen über die Entwicklung der Ertrags-, Aufwand- und Investitionspositionen ergeben sich planerisch Finanzierungsfehlbeträge von rund 330 Mio. Fr., wenn keine Gegenmassnahmen getroffen werden und Korrekturen erfolgen. Das von Regierungschef Otmar Hasler vorgestellte Paket an Massnahmen stellt aus der Sicht der Regierung vertretbare und nachhaltig realisierbare Korrekturen dar, die zudem nicht einseitig auf einen Personenkreis oder Wirtschaftssektor beschränkt sind. Vielmehr sollen diese Korrekturmassnahmen breit abgestützt sein.

Reduktion bei den Sozialkosten
Der Landtag hat der Regierung

im Zusammenhang mit der Erhöhung der IV-Beitragsätze den Auftrag erteilt, möglichst rasch Vorschläge für die Eindämmung der Kosten zu unterbreiten. Bereits liegt der Bericht einer Arbeitsgruppe vor, der eine Reduktion des IV-Ausgabenvolumens ab 2007 um jährlich 7 Mio. Fr. vorsieht.

Des Weiteren hatte sich der LANV im Zusammenhang mit der geplanten Abschaffung der NBU-Subventionen nicht grundsätzlich gegen eine sinnvolle Änderung ausgesprochen. Eine sozialverträgliche Reduktion der NBU-Subventionierung ab 2008 würde eine Entlastung des Staatshaushalts um 4 Mio. Fr. jährlich bringen. Eine Aufhebung der Kindersubventionen bei der Wohnbauförderung, die ab 2007 geplant ist, spart dem Staat rund eine halbe Million. Bedeutend mehr, nämlich Einsparungen von 6 Mio. Fr. jährlich, bringt die bedarfsgerechte Ausgestaltung des AHV-Rentenvorzugs, der zu einem Teil aus den Erträgen der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) finanziert wird.

FMA: Höhere Selbstfinanzierung

Minderausgaben von fast 4 Mio. Fr. ergeben sich, wenn sich die unabhängige Finanzmarktaufsicht – wie in anderen Ländern – vollständig selbst finanzieren würde. Im

Budget 2006 ist ein Staatsbeitrag von knapp 4 Mio. Fr. zur Finanzierung der Finanzmarktaufsicht vorgesehen. Das Ziel der Regierung ist eine Reduktion dieses Staatsbeitrags während der Finanzplanperiode. Der Staat sollte nach Auffassung der Regierung nur noch für jenen Teil der Finanzmarktaufsicht aufkommen, der im Auftrag des Staates erledigt wird. Der angestrebte Abbau des Staatsbeitrags hat nicht nur mit der Finanzlage des Staates zu tun, sondern ergibt sich auch aus der Unabhängigkeit der Finanzmarktaufsicht, die mit der Selbstfinanzierung unterstrichen wird.

Aufhebung des Steueranfalls

Künftig soll der Staat nach dem Massnahmenpaket der Regierung wieder die Hälfte der Erträge aus der Kapital- und Ertragssteuer erhalten. Derzeit beträgt der direkte Anteil der Gemeinden an diesen Steuererträgen 50 Prozent. Zusätzlich fliessen Mittel aus der Kapital- und Ertragssteuer in den «Finanzausgleichstopf», aus welchem den Gemeinden derzeit ein Anteil von 15 Prozent als nicht zweckgebundene Beiträge des Staates zukommt. Dem Staat verbleiben somit nur noch rund 42,5 Prozent aus dieser zweitgrössten Einnahmequelle. Die Regierung plant die Änderung des Finanzausgleichs-

systems ab 2007, womit jährliche Mehreinnahmen von 11 Mio. Fr. für den Staatshaushalt resultieren.

Erhöhung der Mehrwertsteuer

Gewichtige Mehreinnahmen werden aus der Mehrwertsteuer in die Staatskasse fliessen, sobald die Erhöhung dieser Steuer in der Schweiz beschlossen und in unserem Land nachvollzogen wird. Der Schweizer Bundesrat trägt sich mit dem Gedanken, den Mehrwertsteuersatz ab 2008 um 0,8 Prozent zu erhöhen. Nach aktuellen Berechnungen wären in Liechtenstein aus dieser Erhöhung Mehreinnahmen in Höhe von 20 Mio. Fr. pro Jahr zu erwarten.

Wieder ausgeglichener Haushalt

Zusammenfassend ergibt die Realisierung der vorgeschlagenen Korrekturen eine Entlastung des laufenden Haushalts von bis zu 50 Mio. Fr. jährlich. Wenn alle Massnahmen nach dem Vorschlag der Regierung verwirklicht werden, würde der Cashflow am Ende der Planungsperiode 2006–2010 ausreichen, um die Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen zu decken. Die Zielsetzung, einen ausgeglichenen Haushalt in der laufenden Rechnung vorweisen zu können, könnte somit ab 2010 wieder erreicht werden.